

## 49 Prozent

## Kümmernerarbeit auf dem Fussballplatz



Patrick Imhasly

Auch diesen Samstagvormittag verbrachte er, wie seit Wochen schon, auf dem Fussballplatz - als freiwilliger Betreuer jenes Teams, in dem sein älterer Sohn spielt. Nach drei Stunden im Regen kam er durchnässt bis auf die Haut, mit steifen Fingern und heiserer Stimme nach Hause, wo der Rest der Familie es sich gerade am Frühstückstisch bequem gemacht hatte. «Wann übernimmst du die Kinder dieses Wochenendes?», lautete die Begrüssung seiner Frau.

Ein andermal mühte sich der Mann während Abenden mit den Unterlagen für die Steuererklärung ab: Zinsabrechnungen, Lohnausweise, Investitionen, zahllose Quittungen als Spesenbelege für die selbständige Tätigkeit. Er war stets im Glauben, mit dieser Plackerei seiner Familie etwas Gutes zu tun. «Seit Tagen bis du zu Hause überhaupt nicht präsent», stellte seine Frau bloss fest.

Frauen sind empathische Wesen. Darum ist es zum Beispiel so angenehm, mit ihnen im Büro zusammenzuarbeiten. Sie fahren selten die Ellenbögen aus, stellen im Team meist das grosse Ganze in den Vordergrund.

Und sie denken jeden Abend daran, das Wasser aus der Kaffeemaschine zu entfernen, sodass sich über Nacht kein Schimmel ansetzen kann. Warum aber verhalten sich dieselben Frauen zu Hause ihren Männern gegenüber nicht ebenso einfühlsam? Warum tun sie sich trotz ihrem feinen Sensorium so schwer, den Beitrag ihrer Männer zum Aufrechterhalten des familiären Gefüges wahrzunehmen und anzuerkennen? Ich kann mir dieses rätselhafte Phänomen, das Männer in zahlreichen Schattierungen Tag für Tag erleben, nur so erklären: Das Trauma der Kümmernerarbeit macht die Frauen blind für die Leistungen der Männer.

Unter Kümmernerarbeit verstehen moderne Frauen die mentale Seite der Hausarbeit - die Beziehungspflege im Dienste der Familie. Das fängt beim Organisieren der Kindergeburtstage an, geht über das Management der noch auszusprechenden Einladungen, bis zum Evaluieren möglicher Ferienzeile in den kommenden zwei Jahren. Und sie sind überzeugt: Männer pickten sich in der Familienarbeit das heraus, was ihnen gerade passe; das wirklich Zermürbende, das unspektakuläre Kitten der Familie - die Kümmernerarbeit eben - müssten sie erledigen. Weil die Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern in unseren Breitengraden einigermassen fortgeschritten ist, hat sich die Frage der Kümmernerarbeit inzwischen zum Schauplatz für die alles entscheidende Auseinandersetzung entwickelt: So lange die Frauen die Kinder einmal im Jahr zur Dentalhygiene bringen müssen, kann es für sie



Unter Kümmernerarbeit verstehen moderne Frauen die mentale Seite der Hausarbeit - die Beziehungspflege im Dienste der Familie.

keine echte Befreiung aus dem Familien-dilemma geben.

Ich habe Verständnis für den Frust vieler Frauen - tatsächlich bleibt der Kleinkram allzu oft an ihnen hängen. Und doch sollten sie sich öffnen für die Art und Weise, wie die Männer die Dinge in der Familie angehen. Es ist gar nicht so exotisch, dass Männer regelmässig den Zustand der Zahnbürsten der Kinder kontrollieren und neue Socken für sie kaufen, wenn man ihnen solche Aufgaben erst einmal zutraut. Und warum sollte der Samstagvormittag auf dem Fussballplatz keine Kümmernerarbeit sein? Sich die Beine in den Bauch zu stehen ist anstrengend, vor allem aber macht Mannschaftssport die Kinder glücklich und ist erst noch eine Schule fürs Leben. Und wenn sich Männer die Nächte mit dem Ausfüllen der Steuererklärung um die Ohren schlagen, können Frauen ihre Nerven schonen - auch das ist Beziehungsarbeit.

Die gerechte Verteilung der Aufgaben in einer Familie ist eine Herausforderung - und emotional so aufgeladen, dass sie nicht zur gendertpolitischen Kampfzone taugt. Warum also die Dinge nicht etwas pragmatischer angehen? Jeder sollte seinen Part zu Hause so erfüllen dürfen, wie er es am besten kann. Zu gross ist sonst die Gefahr, dass sich nicht nur die Frauen, sondern auch die Männer in ihrem Engagement für die Familie schrecklich missverstanden fühlen.

Patrick Imhasly ist Redaktor im Ressort Wissen der «NZZ am Sonntag».

## Alles, was Recht ist

## Wie die Justiz Verdingkinder behandelte



Markus Felber

Im Februar hat der Bundesrat ein nationales Forschungsprogramm zum Thema «Fürsorge und Zwang» lanciert. Das Projekt soll die Arbeit der 2014 eingesetzten unabhängigen Expertenkommission «Administrative Versorgungen» ergänzen, die vor allem die Geschichte der sogenannten administrativen Versorgungen in der Schweiz auszuleuchten versucht. Konkret soll aufgearbeitet werden, wie in der Schweiz bis in die achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts etwa mit jenseitigen Kindern umgegangen wurde, die unter der Schirmherrschaft der Pro Juventute zu Hunderten ihren Familien weggenommen und fremdplaciert wurden.

Dass dieses dunkle Kapitel unserer Geschichte wissenschaftlich aufgearbeitet wird, ist wichtig. Zunächst für die betroffenen Verdingkinder, denen so nachträglich eine gewisse Anerkennung und Genugtuung verschafft werden kann. Es liegt aber auch im wohlverstandenen Interesse der Akteure, wenn sauber geklärt wird, was auch schon aus damaliger Sicht Unrecht war und was erst rückblickend anders gewertet wird.

Dabei stehen die seinerzeit mit dem Vollzug des Fürsorgewesens betrauten Verwaltungsbehörden - heute Kesb genannt - im Fokus der forschenden Wissenschaft. Da es gegen die von ihr angeordneten Massnahmen damals kaum Beschwerdewege an ein Gericht gab, dürfte die Justiz nicht im Rampenlicht stehen. Das ist bedauerlich, was die Strafjustiz anbelangt, die in dem Zusammenhang durchaus hinterfragt werden sollte. Mit ihr hatten Verdingkinder zu tun, wenn sie sexuell missbraucht wurden und ihre Peiniger später anzeigten. Ihre Glaubwürdigkeit als Opfer war von vornherein ramponiert, weil in ihren Fürsorgedossiers den «Vagantenkindern» Ehrlichkeit und moralische Integrität amtlich abgesprochen wurden. Und da für den Richter kaum etwas sicherer ist, als was in behördlichen Akten steht, wurde gar manches Verfahren zu Unrecht eingestellt, gar nicht eröffnet, oder es endete mit einem Freispruch für den Täter.

Markus Felber war NZZ-Bundesgerichts-korrespondent.

## Die E-Mail-Debatte

## «Was ist denn das für eine aberwitzige Definition von Service public?»

Braucht es öffentlich finanzierte Medien? Selbstverständlich, findet Jacqueline Badran, gern auch gedruckt. Um Himmels willen, nein, sagt Gregor Rutz

## Gregor Rutz

Die Schweiz geht in Kürze unter, liebe Frau Badran! Diesen Eindruck jedenfalls hatte ich letzten Donnerstag, als ich den Votanten zur «No Billag»-Initiative zuhörte. Fast glaubte man, die Schweiz sei in Leutschenbach gegründet worden und ohne SRG gäbe es unser Land nicht. Dabei richtete sich die Kritik vieler Parlamentarier ja nicht pauschal gegen die SRG, sondern gegen deren steten Ausbau. In einer Zeit, wo die Angebotsvielfalt dank Internet so gross ist wie nie zuvor, wäre mehr Zurückhaltung seitens der öffentlichen Hand angebracht. Oder, anders gesagt: Der Auftrag für den «Service public» muss neu definiert und der Zeit angepasst werden. Darum habe ich auch einen Gegenvorschlag zur Initiative eingereicht: Ich will weder den Extremvorschlag der Initiative (komplette Streichung der Gebühren), noch will ich die Extremlösung von Bundesrat und SRG (kompletter Erhalt der Gebühren). Meines Erachtens wäre eine Halbierung der Gebühren der richtige Weg: 200 Franken sind genug!

## Jacqueline Badran

Mich degoutieren Diskurse, in denen nicht gesagt wird, worum es wirklich geht. Seit Jahren spielen Sie den Zuhälter für die kommerziellen Medien. Eine kaputte SRG heisst mehr Reichweite und damit Werbeeinnahmen für die ausländischen TV-Sender und Bezahlfernsehen, die die Firma Goldbach vermarktet. Ihnen gefällt auch nicht, dass Sie keine Kontrolle haben über die SRG, weil sie eben unabhängig ist. Aber die SRG ist nicht die einzige Institution, auf der die SVP herumhackt: Bundesgericht, SBB, Swisscom, alles, worauf wir zu Recht stolz sind, machen Sie uns Schweizern madig. Das nimmt langsam manische Züge an. Ja, die SRG ist verdammt wichtig. Jede Schwächung ist in diesen Zeiten komplett anachronistisch.

## Gregor Rutz

Tatsächlich wird in diesem Diskurs von vielen nicht gesagt, worum es wirklich geht. Ihre Einschätzung aber ist fernab jeder Realität - das sind Ideen aus den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts. Faktum ist: Wir haben im Medienbereich eine Staatsindustrie geschaffen, welche gefährlich ist für eine liberale Demokratie. Mein Anliegen ist eine möglichst grosse Medienvielfalt: Die Konsumenten sollen viele unabhängige, private Angebote zur Verfügung haben. Unabhängig ist, wer inhaltlich, aber auch finanziell frei ist. Heute sind wir mit 7 Fernseh- und 17 Radiosendern der SRG konfrontiert, die parallel dazu ihr Onlineangebot stetig ausbaut. Die Verleger werden immer mehr in die Enge getrieben. Auch private Radio- und TV-Stationen dürfen heute 70 bis 80 Prozent ihres Betriebsaufwands über Gebühren - also Staatsgelder - decken. Das zeigt grosse Abhängigkeit. Wir müssen mehr Markt schaffen, liebe Frau Badran - ich will doch keine staatlich gelenkten Medien!

## Debattierer



Jacqueline Badran, 55, ist Nationalrätin der SP aus dem Kanton Zürich. Die Biologin und Ökonomin führt ein eigenes Unternehmen im IT-Bereich.



Gregor Rutz, 44, ist SVP-Nationalrat aus dem Kanton Zürich. Der Jurist ist Unternehmer und Inhaber einer Agentur für Kommunikationsberatung.

## Jacqueline Badran

Genau das verhindern wir, indem wir die SRG über Gebühren finanzieren und nicht über allgemeine Steuermittel, was sie zum politischen Spielball in Budgetdebatten machen würde. Diese Unabhängigkeit passt Ihnen nicht. Es sind Ihre Kreise, die seit Jahren versuchen, den Medienbereich zu kontrollieren, weil sie wissen: Wer die Medien kontrolliert, kontrolliert die Köpfe der Menschen. Und von wegen siebziger Jahre - Sie leben im falschen Jahrzehnt! In Zeiten von Medienkonzentration, von Fake News, von Meinungsmanipulationen in soziale Netzwerken, in Zeiten von Autokraten in Polen, Ungarn, Russland und der Türkei, welche Medien verbieten und kontrollieren, reden Sie von Vielfalt? In der Schweiz haben wir in den meisten Regionen Medienmonopole. Da bricht die SRG sogar Monopole und schafft Vielfalt. Im Lichte dieser Entwicklungen sind sowohl «No Billag» wie auch eine Gebührenhalbierung anachronistisch.

## Gregor Rutz

Verwechseln Sie hier nicht etwas? Die SRG als Monopolbrecherin? Entschuldigung, aber

mit 7 Fernseh-, 17-Radiosendern und diversen Internetportalen ist die SRG ja wohl eher der Quasimonopolist schlechthin!

## Jacqueline Badran

Sie verwechseln die Produktion von Butterbrezeln mit der vierten Gewalt. In St. Gallen und Luzern hat die NZZ das Monopol. In der Romandie hat Tamedia 78 Prozent Marktanteil. Im Mittelland und in Graubünden dominiert jeweils ein Verlagshaus. Und Ihr Christoph Blocher kontrolliert die «Basler Zeitung», die «Weltwoche» und nun auch Lokalblätter der Deutschschweiz. Die SRG ist als Monopolbrecherin nötiger denn je.

## Gregor Rutz

Gesamt-schweizerisch ist die SRG stärker als all diese sogenannten Monopole zusammen! Mit mehr unternehmerischem Freiraum gäbe es mehr florierende Medienunternehmen! Ich mag diesen Etatismus nicht, und ich will keine Subventionen für das Internet und staatlich kontrollierte News-Portale, wie es dieses neue Mediengesetz bringen soll. Das ist Unsinn. Ich will keine kontrollierten Medien - ich will Vielfalt und Freiheit. Service public ist das, was private Betriebe nicht leisten können oder wollen.

## Jacqueline Badran

Was ist denn das für eine aberwitzige Definition von Service public? Alles, was die werberseuchten Verdummungsmedien nicht anbieten, darf dann SRF machen - der Rumpf der noch übrig bleibt? Zum Service public gehören im Gegenteil auch kommerzielle Printmedien, wie etwa dieses Blatt, die NZZ. Die Qualitätsmedien sterben aber einen langsamen Tod durch sinkende Werbeeinnahmen und Abo-Zahlen. Wir werden auch die Pintmedien mit öffentlichen Geldern finanzieren müssen. Die Frage ist nur noch: Wie und wann? Die direkte Demokratie lebt von informierten mündigen Bürgern. Deshalb brauchen wir hochstehende Inhalte für wache und kritische Leser, Hörer und Zuschauer.

## Strittis Schlagzeile

Zum Alkoholverkauf an Schweizer Autobahnraststätten.



Hermann Strittmatter ist Gründer und Leiter der Werbeagentur GKK in Zürich.